

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 33 (1953-1954)
Heft: 7

Rubrik: Stimmen der Weltpresse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

drohte und ergriffene Menschen gibt, dann erweist sich der Mensch dem Geist gegenüber in vergänglicher Endlichkeit, die Phantasie sprengt die sterbliche Hülle des Leibes. Solches zeigt der Maler wieder an erhabenen Vorwürfen: Tasso, Ophelia und, ähnlich, Ugolino. Géricault aber malt seine Irrsinnigen wirklich nach Insassen eines Krankenhauses, gleichsam als Illustrationen zu dem Werk, das ein Freund, der Arzt Dr. Georget, über die Geisteskranken vorbereitete. Was wie immer aus einem geradezu hektisch direkten Sachbezug heraus entsteht — einem Sachbezug, der den «großen Menschen» radikal negiert und auf das schlechthin Faktische des klinischen Befunds reduziert, das ist indessen mehr als der medizinische Entwurf einer Pathologie, einer Typologie der Geisteskrankheiten: Da tut ein frühreifer genialer Künstler, einer, der mit 33 Jahren an einem allzu heftig gelebten Leben stirbt und sein Werk als Fragment, aber als ein im bedeutendsten Sinn zukunftssträchtiges, zukunfts-wirksames Fragment hinterläßt, einen tiefen Blick in Abgründe des Menschlich-Kreatürlichen, wie er nicht oft Sterblichen zu tun vergönnt war.

STIMMEN DER WELTPRESSE

«*Tito und sein Kardinal*» ist der Titel eines Artikels, den die angesehene und gediegene Zeitschrift «*Neues Abendland*» in ihrer Septemberrnummer an erster Stelle veröffentlicht hat. Wir entnehmen demselben, daß die Intelligenz der Literaten vor der Diktatur Titos und der Gleichschaltung ebenso kapituliert hat wie die Wissenschaft der Universitäten. Nur die Kirche Christi besitzt innere Abwehrkräfte genug, um dem Druck des totalitären Terrors und den Sireningesängen «fortschrittlicher» Ideologien nicht zu erliegen. Auf dem Boden Jugoslawiens hat sie in der Person des eingekerkerten Kardinalerzbischofs *Stepinac* ein eindrucksvolles menschliches Symbol ihrer apostolischen Entschlossenheit, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen. Der eingekerkerte Erzbischof wurde dem totalitären System Titos gefährlicher als der freie. Die Liebe und Verehrung des kroatischen Volkes zu seinem Erzbischof läßt sich durch alle kommunistische Propaganda nicht erschüttern, ob Tito den unbequemen Mahner weiterhin als Volksverräter hinstellt oder ob er ihn totzuschweigen sucht. Nach russischem Rezept hat auch Tito versucht, eine ihm gefügige «Volkskirche» zu schaffen. Einige wenige systemfreundliche «Volkspriester» bilden in den katholischen Westgebieten die «Cyrill- und Method-Vereinigung», während die systemfreundliche «Geistliche Vereinigung» orthodoxe Geistliche umfaßt. Der Kampf dieser regimehörigen Geistlichen richtet sich vor allem gegen die Bischöfe, welche ihren Machenschaften entschlossen entgegenstehen. An Stelle der vielgerühmten Glaubensfreiheit herrscht ein weltanschaulicher Druck, der es beispielsweise bei der letzten Volkszählung Offizieren, Beamten und Stu-

denten nicht erlaubte, sich zu einem religiösen Glauben zu bekennen. Nur Ahnungslosigkeit oder parteidoktrinäre Befangenheit bringen es fertig, solche Tatsachen zu übersehen.

Die «*Internationalen Freigewerkschaftlichen Nachrichten*» veröffentlichten in ihrer September-Ausgabe den Wortlaut der am 21. Juli über den amerikanischen Rundfunksender WOR gehaltenen Ansprache des Präsidenten der American Federation of Labor, *George Meany*, über den *Aufstand hinter dem Eisernen Vorhang*. Folgende Feststellungen sind besonders erwähnenswert: Die sowjetische Ausbeutung der Bevölkerung in den Satellitenstaaten dient dem Zwecke, Sowjetrußland das für künftige Aggressionen notwendige Rüstungsmaterial zu verschaffen. Durch ihren Aufstand gegen diese Tyrannei haben sich die deutschen Arbeiter einen Ehrenplatz in der Geschichte der menschlichen Freiheitskämpfe gesichert. Der Aufstand in der Sowjetzone hat den Mythos des Arbeiterparadieses der sogenannten Volksdemokratien zerstört und ihn als Lüge und Betrugsmanöver entlarvt. Auch der Mythos der Unbezwingbarkeit des kommunistischen Regimes ist durch diesen Aufstand zerstört worden; die lähmende Furcht vor dem Terror ist gewichen. Wenn unbewaffnete Arbeiter keine Angst mehr haben, ist das Schicksal der kommunistischen Diktatur besiegelt. Die Erhebung der ostdeutschen Arbeiter ist weiterhin insofern bedeutsam, als sie nicht ohne Wirkung auf die andern Satellitenstaaten bleiben wird. Selbst auf die Rote Armee wird sie einen Einfluß ausüben. Die Truppen, die zur Terrorisierung von Arbeitern benützt wurden und die Augenzeugen der Niederlage der kommunistischen Herrschaft in Deutschland waren, wird man isolieren müssen. — Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die deutschen Arbeiter in der Sowjetzone ihren Kampf für menschliche Freiheit fortsetzen werden. Alle, die der Sache der Freiheit ergeben sind, alle freien Gewerkschaftsorganisationen sollten diesen Kampf von ganzem Herzen unterstützen. Für Amerika enthalten die Juniereignisse die Lehre: Wir können den Versprechungen der Sowjetmachthaber keinen Glauben schenken. Wir sollten uns deshalb vornehmen, auch nicht für einen einzigen Augenblick in unserer Wachsamkeit nachzulassen. Wir können nur frei bleiben, wenn wir stark sind. Und nur wenn wir frei und stark sind, können wir einen dauerhaften Weltfrieden haben.

In diesem Zusammenhang verweisen wir auf den unter dem Titel «*Falls es im Westen interessiert*» publizierten Bericht über die Tapferkeit des Arbeiters Fiebing anlässlich der Streiks bei Zeiß und Buna in «*Christ und Welt*» Nr. 35 und die Aufzeichnungen eines mitteldeutschen Arbeiters «*Gewitter am Juni-Himmel*» in der Zeitschrift «*Deutsche Rundschau*» Heft 9. Unterm 26. Juni schreibt der Verfasser: «Noch immer Gewitter über der Stadt. Ich habe Hunger. Es gibt kaum etwas zu kaufen. Täglich quält man sich, um festzustellen, was wir tun könnten. Ob sich die anderen, im Westen, auch täglich quälen? Ich weiß es nicht. Überhaupt: seit dem 17. Juni sind wir sehr kritisch gegenüber dem Westen. Er hat uns an diesem Tag nicht geholfen. Wana soll er uns dann helfen? Wir glaubten an diesem Tag: die Wiedervereinigung ist da. Und für diesen Glauben, Herrgott nochmal, wurde gestorben. Und heute? Morgen? Übermorgen? Was dann?»

Die «*Herder-Korrespondenz*» (Orbis Catholicus) veröffentlichte in ihrer Septembernummer als zuverlässig bezeichnete Angaben über die *Kirchenverfolgung in der Ukraine und in Litauen*. Es geht daraus hervor, daß die Kirche in der Ukraine und in Litauen viel stärker lebt, als im Westen im allgemeinen angenommen wird. «In der Ukraine sollen mehr als tausend Priester und eine beträchtliche Zahl von Ordensschwestern unter heldenmütiger Aufopferung im Verborgenen wirken. Die von Moskau in die Welt gesetzte Meinung, daß die katholische Kirche der Ukraine liquidiert sei, beruhe auf einem Irrtum.» Jede

erdenkliche Form der Kontrolle und des Terrors kann nicht verhindern, daß die Ukrainer in großer Zahl unerschütterlich an ihrem Glauben und ihrem Patriotismus festhalten und die Funktionäre an der Nase herumführen. Die Ukraine soll das Schauspiel einer stillen, aber in geistig-religiöser Überzeugung festgegründeten Résistance bilden. — «Auch in Litauen soll es, soweit die einheimische Bevölkerung nicht verschleppt worden ist, sich als unmöglich erwiesen haben, den Glauben und die Treue zur katholischen Kirche bei den Menschen zu erschüttern. Das religiöse Empfinden des litauischen Volkes, das sich immer schon durch schlichte Gläubigkeit auszeichnete, sei heute stärker als je zuvor.»

Das «*Sonntagsblatt Hamburg*» hat in seiner Nummer 33 die wesentlichen Gedankengänge eines von Dr. *Heinrich Kost* vor der Evangelischen Akademie in Loccum gehaltenen Vortrages über das *Wirken des fortschrittlichen Unternehmers*, der sich der Gesamtheit gegenüber verpflichtet fühlt, bekanntgegeben. Als Präsident der Wirtschaftsvereinigung Bergbau und als Aufsichtsratsvorsitzender der Rheinpreußen AG für Bergbau und Chemie ist der Referent zweifellos prädestiniert, einen wesentlichen Diskussionsbeitrag zu einer *neuen Gesellschaftsordnung* zu liefern. Er ist überzeugt, daß bei Befolgung seiner Grundsätze dem Kollektiv und der Vermassung Einhalt geboten und Freiheit und Selbstverantwortung gesichert werden können.

Das *Eigentum* als Lehen Gottes begründet kein althergebrachtes Recht, mit welchem der Eigentümer ohne Rücksicht auf seine Mitmenschen machen kann, was er will. Damit künftig breitere Schichten der Bevölkerung am Eigentum teilhaben, sind Eigenheime zu bauen, die die Arbeiter durch geeignete Immobilienbeteiligungen erwerben können. Auch eine Beteiligung an den Unternehmungen sollte ermöglicht werden, wobei der Referent sonderbarerweise glaubt, diese Wertpapiere vom Unternehmerrisiko loslösen zu können. Es ist fraglich, ob dadurch eine wirkliche Mitverantwortung der Arbeiter am Unternehmen erreicht werden könnte. — Sehr berechtigt ist hingegen die Forderung, daß jeder *Arbeiter* seinem fachlichen Können und seinen persönlichen Werten entsprechend soll aufsteigen können, daß man ihn über die wirtschaftlichen und organisatorischen Planungen und Ergebnisse seines Unternehmens laufend zu unterrichten hat und man ihn bei unverschuldeter Not und Gefahr beschützen muß. Sicherlich sind alle Maßnahmen zu begrüßen, die im Sinne der Förderung des Leistungswillens wirken und die in der Schweiz im Begriff Betriebsgemeinschaft zusammengefaßt werden.

Sehr wichtig ist die Betonung durch *Kost*, daß der *Unternehmer* das Recht haben soll, seine wirtschaftlichen Entscheidungen allein zu treffen. Initiative, Risiko und Gewinn soll er für sich in Anspruch nehmen können. Daneben soll aber die Pflicht bestehen, möglichst wenige Aufgaben dem Staate zuzuleiten und möglichst viele der Selbstverwaltung der Wirtschaft zu überlassen. Das erfordert den Ausbau der betrieblichen Sozialpolitik, die optimal mögliche Entlohnung der Angestellten und Arbeiter und ein großes Einfühlungsvermögen in alle Belange der Betriebsangehörigen. Nicht zuletzt ist, nach den Ausführungen des Referenten, der Unternehmer verpflichtet, seine eigenen Kenntnisse auf dem modernsten Stand zu halten, seine Initiative, seine Energie, seine Erfahrungen und seine Umsicht möglichst lange seinem Unternehmen zur Verfügung zu stellen und dementsprechend seine Arbeitszeit so einzuteilen, daß er sie ohne Schädigung seiner Gesundheit lange Zeit durchhalten kann.

Das *National-Komitee für ein Freies Europa* in New York gibt als Monatszeitschrift die «*News from behind the Iron Curtain*» heraus, mit denen es die Absicht verfolgt, «durch zuverlässige Nachrichten das Verständnis für Stärke und Schwächen des kommunistischen Systems zu mehren und in den freien Völkern zum Kampf gegen dieses System beizutragen». In Zeiten wachsenden politischen

Widerstandes gegen den Bolschewismus und zunehmender ökonomischer Bedrängnis im Bereich der Satellitenstaaten ist es für den westlichen Leser interessant, einen Einblick in das Informationsmaterial aus dem Osten zu nehmen, wie es die Nr. 6/1953 der «Meldungen» in Fülle vermittelt.

In ihrem wirtschaftlichen Teil beschäftigt sich die Zeitschrift zunächst mit den *Budgets der Satellitenstaaten* für das laufende Jahr. Weil dort den amtlichen Voranschlägen für Einnahmen und Ausgaben nicht die gleiche Wichtigkeit beigemessen werden darf wie im kapitalistischen System, vielmehr die Budgets als bloße Anhängsel zu den wichtigeren jährlichen «Wirtschaftsplänen» zu werten sind, überrascht es nicht weiter, daß ihre Verabschiedung durchweg (so in Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien und Albanien) erst im Verlaufe des Etatsjahres und nur in Ungarn rechtzeitig vorgenommen werden konnte. Die amerikanische Zeitschrift deutet die von den Regierungen der Satellitenstaaten in die Budgets 1953 eingesetzten Ziffern, die mit ihrem absoluten Betrage nicht sonderlich interessieren, bei einem Vergleich mit früheren Zeiten dahin, daß, trotz aller beobachteten Vorsicht und angewandten Verschleierung, inflationistische Erscheinungen verstärkt erkennbar geworden sind. So hat sich z. B. in Polen, für dessen sozialisierte Wirtschaft, der Wert des Zloty gegenüber 1952 um 40,4% vermindert. Der Zwang, die mit der Geldentwertung steigenden Ausgaben zu decken, hat zur Auflösung der teilweise beträchtlichen Reserven aus vergangenen Jahren geführt. Trotzdem bleibt die Steuerlast auf den Kopf der Bevölkerung, um wieder ein Beispiel zu nennen, mit 2641 Lewa in Bulgarien (dessen Arbeiter durchschnittlich 5000 Lewa im Jahre verdienen) und mit 5551 Forints in Ungarn, ungeheuer. Auch macht man im europäischen Osten von Staatsanleihen umfangreichen Gebrauch. Albanien hatte im März 1953 eine Zwangsanleihe von 400 Mio Leks aufgelegt, seine Regierung meldete mit Stolz eine durch merkwürdige Methoden erzielte Überzeichnung um mehr als 100 Mio. Die Ausgaben für die Landesverteidigung sind in sämtlichen Voranschlägen verhältnismäßig niedrig, offenbar auf Grund einheitlicher Weisung aus Moskau. Die amerikanische Zeitschrift stellt aus verschiedenen Anzeichen fest, daß sicherlich neben den offiziellen noch geheime Budgets aufgemacht worden sind, in denen die wirklichen militärischen Ausgaben veranschlagt sein müssen.

Des weiteren weiß die Zeitschrift bemerkenswerte Tatsachen und Ziffern aus den *landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaften (Kolchosen)* der früheren baltischen Staaten anzuführen. Die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft ist auch im agrarischen Sektor unerträglich: Sonn- und Feiertage sind im Arbeitsplan für die Kolchose, der alle Einzelheiten der Feldbestellung und Ernte regelt, nicht vorgesehen. Die sogenannte «Norm», welche bei der Arbeit als Richtschnur gilt und erzielt werden muß, wird von Jahr zu Jahr erhöht. Kein Wunder also, daß die Bezahlung der Arbeitskräfte kaum deren notwendigste Lebensbedürfnisse deckt; kein Wunder auch, daß die Klagen über mangelhafte Leistungen nicht verstummen wollen, die in der kommunistischen Fachpresse offen behandelt werden.

Schließlich überrascht, kurz nach Abschluß der vielversprechenden Genfer Ost-West-Handelskonferenz, die Zeitschrift mit der der schwedischen Presse entnommenen Nachricht, daß mit Wirkung ab 1. März 1953 *zwischen Schweden und Polen* ein neues *Handelsabkommen* vereinbart worden ist, das im Vergleiche mit früheren Abmachungen einen starken Abbau des Warenaustausches bringt: während Schweden im Jahre 1951/52 für 35,8 Mio Dollar Güter nach Polen exportiert hatte, sinkt diese Ziffer unter der Herrschaft des neuen Vertrages auf 16,4 Mio Dollar, also um mehr als die Hälfte ab.

Die Zeitschrift «*Problems of Communism*» (Washington, Nr. 3/4, 1953) veröffentlichte unter dem Titel «*The 'Working Class' in Communist China*» eine reich dokumentierte Abhandlung von *Richard L. Walker*, die höchst interessante Angaben

über die Verhältnisse der *Arbeiterklasse im kommunistischen China* enthält. Folgende Angaben sollen festgehalten werden: Rotchina ist ins Anfangsstadium des «Sozialismus» stalinistischer Prägung eingetreten und verwertet die sowjetischen Erfahrungen so schnell wie möglich. Die Arbeiterschaft, der im kommunistischen Staat die führende Rolle zukommt, bildet zwar in China eine kleine Minderheit der Bevölkerung. Die rund 3 Mio eigentlicher Industriearbeiter machen 0,62% der Bevölkerung aus, und selbst unter Zurechnung weiterer Berufsgruppen erreicht die Gesamtzahl sämtlicher in der chinesischen Industrie Beschäftigten nur 13 Mio oder 2,7% der Bevölkerung. Die Regierung hat eine möglichst umfassende Kontrolle dieser Arbeiterschaft organisiert. In allen Industriegebieten und Handelszentren herrscht ein starker Mangel an Facharbeitern. Die Partei beansprucht die «Freizeit» der Arbeiter für ihre berufliche und politische Schulung. Wo es irgendwie möglich ist, sehen die Lohnstarife Stücklohn und Akkordprämien vor. Andererseits wird der Lohn durch mancherlei Abzüge und «freiwillige» Spenden erheblich geschmälert. In Schanghai ist der Durchschnittslohn, trotz längerer Arbeitszeit seit der Machtergreifung der Kommunisten, um 37 Prozent gesunken. Die Arbeitszeit beträgt in den meisten Gegenden Chinas durchschnittlich 12 Stunden, erreicht aber in vielen Betrieben auch 17—18 Stunden. Der Zwang, das im Produktionsplan vorgeschriebene Soll voll zu erfüllen, erfordert häufig lange Arbeitszeiten und «freiwillige Überstunden», die ein bedenkliches Anwachsen der Krankheits- und Unfallziffern zur Folge haben. Zuzunehmen der Produktionssteigerung hat die Zahl der Arbeitslosen die 3-Millionen-Grenze überschritten. Damit sind fast 25% der Arbeiterklasse Chinas arbeitslos, was für die kommunistische Staatsführung zu einem allgemeinen und hartnäckigen Problem geworden ist.

Trotz aller Privilegien und Anreizmittel, die das kommunistische China der Arbeiterklasse verspricht, lassen einzelne Berichte der rotchinesischen Presse doch auf eine starke Unzufriedenheit innerhalb der chinesischen Industriearbeiterschaft schließen. Viele Fälle von Industriesabotage werden berichtet: Katastrophen, minderwertige Qualität der Erzeugnisse, höchst unrationelle und mangelhafte Arbeit. Die Regierung vermutet zweifellos mit Recht, daß die Arbeiter unzufrieden sind. Sie weiß, wie schwer es für ihre Propagandisten ist, die chinesische Arbeiterklasse davon zu überzeugen, es gehe ihr trotz verlängerter Arbeitszeit, Lohnkürzungen und starker Einschränkung der Freizügigkeit besser als zuvor. Agitatoren suchen durch Versammlungen und politischen Unterricht die Arbeiterschaft derart in Atem zu halten, daß sie kaum Zeit findet, ihrer Unzufriedenheit Luft zu machen. Aus der kommunistischen Presse ist ersichtlich, daß Kinderarbeit nach wie vor üblich ist. Sechs- bis siebenjährige «Jungarbeiter» in der Seidenindustrie erhalten für zwölfstündige Arbeit täglich eine Portion Reis im Werte von 0,03 Dollar. Einen großen Umfang nimmt auch die Zwangsarbeit ein. Es gibt in China mehr als 5000 Konzentrationslager mit über 18 Mio Zwangsarbeitern, unter denen sich viele Intellektuelle, «Banditen», «Verbrecher», Großgrundbesitzer und «Gegenrevolutionäre» befinden, deren gegenwärtige Verwendung offiziell als «Arbeitserziehung» bezeichnet wird.

Durch die Vorzugsbehandlung der Industriearbeiter und durch das Bestreben, die Arbeiterklasse so schnell als möglich zu vergrößern, werden die Bauern immer mehr in den Hintergrund gedrängt.

Das industrielle Aufbauprogramm des kommunistischen China hat auf jeden Fall furchtbares Leid und große Menschenopfer gefordert. Die fast lückenlose Kontrolle der «Privatindustrie» und die intensiviertere Reglementierung der Arbeiter hatten im allgemeinen Verlängerung der Arbeitszeit, Kürzung der Löhne und ständige Erhöhung der Unfallgefahr zur Folge. Aus der kommunistischen Partei ist, wie früher schon in der Sowjetunion, eine Funktionärskaste geworden, welche die Arbeiter unter Kontrolle hält und ausbeutet.